

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuss

73. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Juni 2004. 10 Uhr
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Maren Kruse (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Hopp (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Maßnahmen gegen den Milchpreisverfall	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3389 (überwiesen am 26. Mai 2004) Information durch die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel, Herrn Dr. Thiele hierzu: Umdruck 15/4612	
2. Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt	9
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3113 (überwiesen am 12. Dezember 2003 an den Umweltausschuss und den Agraraus- schuss) hierzu: Umdrucke 15/4104, 15/4110 bis 15/4112, 15/4117, 15/4460, 15/4508, 15/4509, 15/4510, 15/4517	
3. Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (Landeswaldgesetz - LWaldG)	13
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3262 (überwiesen am 10. März 2004 an den Umweltausschuss und den Agrarausschuss) hierzu: Umdrucke 15/3589, 15/4345, 15/4390, 15/4394, 15/4404 bis 15/4406, 15/4413	

4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ **14**

Unterrichtung des Landtags über den Rahmenplan für das Jahr 2004

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/3344

(überwiesen am 30. April 2004 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Agrarausschuss**)

Der Vorsitzende, Abg. Ehlers, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Maßnahmen gegen den Milchpreisverfall

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3389

(überwiesen am 26. Mai 2004)

Information durch die Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel, Herrn Dr. Thiele

hierzu: Umdruck 15/4612

Herr Dr. Thiele von der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel gibt anhand eines PowerPoint-Vortrages einen Überblick über mögliche Maßnahmen gegen den Milchpreisverfall (siehe Umdruck 15/4612).

Auf Fragen des Abg. Matthiessen hinsichtlich des Weltmarktpreises antwortet Herr Dr. Thiele, dass es sich bei dem Weltmarktmilchpreis um eine fiktive Größe handle, die sich aus der Bewertung der Produkte, beispielsweise Magermilch und Butter, ableite. Die Bedingungen auf dem Weltmarkt halte er zurzeit insbesondere hinsichtlich bestimmter Produktbereiche, etwa Käse, für relativ günstig.

Herr Dr. Thiele bestätigt die Auffassung von Abg. Benker, dass es sich die Politik im Rahmen unternehmerischer Entscheidungen zurückhalten sollte.

Er bestärkt auf eine weitere Frage von Abg. Benker, dass Preisreduzierungen durch Importzugangserhöhungen wieder aufgefangen würden und nur kurzfristig Auswirkungen auf Preise hätten.

Hinsichtlich einer Status-quo-Beurteilung der Osterweiterung vertritt er die Auffassung, dass eine starke Kaufbereitschaft für westliche Produkte, insbesondere für höher veredelte Produkte, beispielsweise Käse, vorhanden sei. Voraussetzung dafür sei aber ein Einkommenszuwachs in den östlichen Ländern.

Auf eine Frage des Abg. Feddersen macht Herr Dr. Thiele deutlich, dass es sich bei den im Zusammenhang mit den Preis-Mengen-Effekten gewählten Beispielen um konstruierte handele. Der Selbstversorgungsgrad mit Milch der Bundesrepublik Deutschland habe im Jahr 2001 bei 101 %, im Jahr 2002 bei 99 bis 100 % und im Jahr 2003 bei 96 % gelegen.

Abg. Hopp vertritt die Auffassung, dass sich Großdiscounter gezielt Frischprodukte wie beispielsweise Milch ins Auge gefasst hätten, um dort entsprechenden Druck auf die Preisgestaltung ausüben zu können. In diesem Zusammenhang spricht er die marktferne Lage Schleswig-Holsteins als Wettbewerbsnachteile an. Außerdem stellt er die These auf, dass, sofern die von Herrn Dr. Thiele vorgetragenen Preismengeneffekte zuträfen, eine Senkung der Milchmenge wenig bis keine Auswirkungen auf den Preis habe, eine Regulierung über die Milchquote kaum noch sinnvoll sei.

Herr Dr. Thiele merkt an, sein Hinweis darauf, dass die Situation bei großen Discountern nicht überzubewerten sei, sei vor dem Hintergrund des allgemeinen Überlebenskampfes im Bereich des Einzelhandels zu verstehen. Zu berücksichtigen sei in diesem Zusammenhang auch, dass starke konzentrierte Lebensmitteleinzelhändler mehr auf Imageverlust reagierten als weniger konzentrierte.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob alle Möglichkeiten der Exporterstattung, die es auf EU-Ebene gebe, ausgenutzt würden, antwortet Herr Dr. Thiele, die Exportlizenzen würden zum Teil nicht erfüllt. Hier gebe es noch Spielräume. Auch die von der WTO gesetzten Grenzen würden nicht ausgenutzt.

Herrn Dr. Thiele geht auf eine Frage des Abg. Matthiessen ein und legt dar, dass die Preise in der Europäischen Gemeinschaft weit von Weltmarktpreisen entfernt seien. Insofern seien die Erzeuger auf Exporterstattungen angewiesen.

Er bezieht sich ferner auf die Frage des Vorsitzenden, ob ein genossenschaftlicher Zusammenschluss im Bereich der Vermarktung Auswirkungen auf den Preis haben könnte, und vertritt die Auffassung, dass hier ein ähnlicher Effekt eintreten könnte wie bei einer Aussetzung der Saldierung. Dadurch, dass außerhalb des Systems des genossenschaftlichen Zusammenschlusses relativ schnell große Kapazitäten aufgebaut werden könnten, entstehe ein größeres Angebot, das letztendlich wieder zu Preissenkungen führe.

Auf Fragen des Abg. Hildebrandt hinsichtlich der Produktionskosten führt Herr Dr. Thiele aus, dass es in der Bundesrepublik eine Bandbreite von circa 25 bis 40 ct an Produktionskosten gebe. Zu berücksichtigen sei nicht nur die Produktionsseite, sondern auch die Liquiditäts-

lage der Unternehmen an sich. Im EU-Ausland sei die Variante der Kosten und Teil noch größer als in der Bundesrepublik.

Herr Dr. Thiele teilt auf eine Frage des Abg. Matthiessen mit, dass der Selbstversorgungsgrad an Milch nach ersten Schätzungen für das Jahr 2003 in der Europäischen Gemeinschaft zwischen 111 und 116 % gelegen habe. Der Frage, wie sich die Milchmenge in Deutschland produktmengenmäßig aufteile, wolle er nachgehen und dem Ausschuss das Ergebnis schriftlich mitteilen.

Abg. Harms stellt die Frage, ob die Milchquote ein zeitgemäßes Instrument sei. Herr Dr. Thiele bestätigt die von Abg. Harms vorgenommenen Einschätzung, dass die Milchquote längerfristig gerade für den norddeutschen Raum weniger vorteilhaft sei. Die Frage, ob eine Direktsubventionierung beispielsweise durch Umweltmaßnahmen stärker subventioniert werden sollte, sei schwierig zu beantworten. Auch künftig müsse man kostenmäßig mithalten können. Daraufhin seien alle Maßnahmen zu überprüfen. Auch die Kosteneffekte für die einzelnen Betriebe seien zu überprüfen. Zu überprüfen sei ferner, ob die einzelnen Betriebe ob oder gerade wegen dieser Maßnahmen für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt fit gemacht würden. Könne man etwa diese Maßnahmen mit einer stärkeren Exportstrategie verbinden, könnte dies auf eine Win-Win-Situation hinauslaufen.

Der Ausschuss wendet sich im Folgenden dem Antrag der Fraktion der CDU zu.

Der Vorsitzende begründet den Antrag der Fraktion der CDU. In diesem Zusammenhang gibt er im Wesentlichen die im Rahmen der ersten Lesung des Antrags vorgetragenen Argumente wieder. Er verweist auf das Verhalten insbesondere der großen Lebensmitteldiscounter und spricht sich für eine zeitlich begrenzte, europaweite Aussetzung der Saldierung, die Ausnutzung der Exportmöglichkeiten auf dem Weltmarkt und eine Aussetzung der Mindestreserve sowie einen bundesweiten Handel von Quoten ein. Er argumentiert, ein europaweites Herunterfahren des Selbstversorgungsgrades führe gerade im regionalen Bereich zu einer stärkeren Marktbildung.

Abg. Matthiessen bezieht sich auf den vorliegenden Antrag und den darin enthaltenen Vorschlag, die Saldierung vollständig auszusetzen. Eine derartige Maßnahme würden - so der Abgeordnete - erstens Betriebe in Schleswig-Holstein, die Profiteure der Saldierung seien, dem Risiko aussetzen, vollständig eine Superabgabe zahlen zu müssen. Zweitens hätten Überlieferer in der Regel geringere Durchschnittskosten. Das zeichne die Milchwirtschaft in Schleswig-Holstein aus. Drittens würden die Quotenpreise steigen müssen. Schleswig-holsteinische Betriebe hätten in der Vergangenheit häufig unter Verzicht auf Quotenerwerb

überproduziert in der Hoffnung, durch die Saldierung ihre Produktion bezahlt zu erhalten. Aus landespolitischer Sicht sei der CDU-Antrag kontraproduktiv. Der Vorschlag, die Milchmengen auf das EU-Verbrauchsniveau anzupassen, hätte nur geringe positive Effekte auf das verfolgte Ziel. Im Ergebnis sei der Antrag abzulehnen.

Auch er wiederholt seine in der ersten Lesung gemachten Vorschläge, im Rahmen der EU-Verhandlungen zu versuchen, eine Erhöhung von Milchmengenquoten abzulehnen und bei einer möglichen Änderung der Saldierung Höchstgrenzen zu beachten.

Abg. Wodarz verweist auf seine in der ersten Lesung gehaltene Rede und fühlt sich durch den Vortrag von Herrn Dr. Thiele in seiner Auffassung bestätigt, dass sich der Antrag der Fraktion der CDU an planwirtschaftlichen Vorstellungen orientiere und marktwirtschaftliche Instrumente ausblende. Er kündigt an, den Antrag abzulehnen.

Abg. Hildebrand vertritt die Auffassung, es könne nicht schaden, wenn die Milchquote EU-weit an den Verbrauch angepasst werde. Er finde auch nichts Schlimmes daran, die Exportförderung voll auszuschöpfen. Sodann beantragt er abschnittsweise Abstimmung.

Abg. Harms hält das derartige System für marode und nicht funktionabel. Er betont, er lehne politisch motivierte Planwirtschaft ab. Die einzige Möglichkeit, die Schleswig-Holstein habe, sei, zu versuchen, die Landwirtschaft auf einen Strukturwandel vorzubereiten. Vor diesem Hintergrund halte er die Zielrichtung des vorliegenden Antrags für falsch.

Abg. Hopp stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen und dann gegebenenfalls über einen Änderungsantrag, der von der CDU-Fraktion ergänzend eingebracht würde, zu diskutieren.

Abg. Wodarz stellt fest, dass unterschiedliche Auffassungen von Agrarpolitik existierten. Auch ein modifizierter Antrag würde daran nichts ändern. Er spricht sich dafür aus, die Diskussion in der Sache fortzusetzen, aber in dieser Sitzung über den konkreten Antrag zu entscheiden.

Abg. Matthiessen verweist auf die auf EU-Ebene bestehenden Beschlüsse und vertritt die Ansicht, der Antrag der Fraktion der CDU, an Mengen anzukoppeln, verfolge ein strategisches Ziel und liege außerhalb der Realität.

Abg. Hildebrand hält es für notwendig, sofern andere Vorstellungen bestünden, diesen in Form von Anträge zu kleiden. Innerhalb des vorhandenen Instrumentariums müsse alles versucht werden, die Situation für die Milchbauern erträglich zu machen.

Der Ausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Antrag des Abg. Hopp, die Beratung zu vertagen, wird mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen Stimmen der CDU abgelehnt.
2. Abschnitt 1 des CDU-Antrags wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.
3. Abschnitt 2 des CDU-Antrags wird mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.
4. Der Antrag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FPD abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Ausweisung von Vogelschutzgebieten auf Eiderstedt

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3113

(überwiesen am 12. Dezember 2003 an den **Umweltausschuss** und den Agrar-
ausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4104, 15/4110 bis 15/4112, 15/4117, 15/4460,
15/4508, 15/4509, 15/4510, 15/4517

Der Ausschuss kommt überein, zunächst die Niederschrift über die Anhörung zu diesem Thema abzuwarten, bevor er in die inhaltliche Diskussion des Antrages einsteigt. Einvernehmen besteht ferner darüber, den Minister zu bitten, zu dem im Rahmen der Anhörung genannten Fax Stellung zu nehmen.

M Müller weist darauf hin, dass die Landesregierung beabsichtige, die Diskussion zu NATURA 2000 vor der Sommerpause abzuschließen. Gegenwärtig befinde sich die Landesregierung im Auswertungsverfahren der zahlreichen Stellungnahmen.

Die Landesregierung strebe insbesondere in Eiderstedt nach wie vor an, zu freiwilligen Verträgen zu kommen. Das Problem sei, dass es sich um einen flächendeckenden Schutz handeln solle. Die Signale aus der Region seien zurückhaltend bis ablehnend, was die Realisierungsoption angehe. Deshalb sei auf Wunsch der Region auch ein Entwurf einer Verordnung übersandt worden. Sie werde vor Ort rege diskutiert. Darin sei Regelung für den Grundschutz enthalten.

Es gebe verschiedene Optionen für Überschriften. Eine sei die eines Landschaftsschutzgebietes. Erste Priorität der Landesregierung sei aber, eine vertragliche Lösung herbeizuführen.

Im Folgenden geht M Müller auf das in der Anhörung erwähnte Fax mit Datum vom 18. November 2003 ein. Der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Eiderstedt, Herr Friedrichsen, sei bereits mit Datum vom 8. Juni auf den damaligen Kontext hingewiesen und darum gebeten worden, es nicht falsch zu interpretieren. Das nämlich diene weder der Sache noch der Region.

Dies sei offensichtlich aber gestern doch geschehen. Er, M Müller, sei von Abg. Hildebrand nun zum dritten Mal zum Rücktritt aufgefordert worden. Das halte er für ein bisschen inflationär, helfe in der Sache aber nicht weiter.

Im Übrigen lade er jeden Abgeordneten ein, sein Recht wahrzunehmen, im Ministerium Akteneinsicht zu nehmen.

Der Hintergrund des Faxes sei folgender gewesen. Bereits in der gemeinsamen Sitzung des Agrarausschusses und des Umweltausschusses auf Eiderstedt habe er ausgeführt, dass sich die Landesregierung im September/Okttober/November sehr intensiv mit internen und externen Experten darüber ausgetauscht habe, was die Aussage des Briefes der EU-Kommission bedeute, was die vielfältigen Zahlenmaterialien bedeuteten und welche Schlüsse daraus zu ziehen seien, und zwar vor folgendem Hintergrund: Was sei die zwingende Ausweisung im Sinne von NATURA 2000? Was sei eine Kulisse, die dazu führe, dass man in ein oder zwei Jahren nicht erneut auf Eiderstedt stehe und sage: „Tut uns Leid, wir haben das Ermessen wiederum falsch ausgeschöpft.“? Eine solche Politik würde zwar zurzeit vor Ort für Ruhe sorgen, aber in ein oder zwei Jahren zu erheblichen Beeinträchtigungen führen. Darum sei sein Ziel, die Angelegenheit so abzuschließen, dass in ein oder zwei Jahren nicht eine erneute Diskussion geführt werde.

In dem genannten Zeitraum seien verschiedene Szenarien durchgespielt worden. Intensiv seien Pro- und Contraargumente ausgetauscht worden.

Überprüft worden seien drei Varianten, und zwar erstens eine Gebietskulisse im Umfang von 30 000 ha, ganz Eiderstedt, zweitens eine Gebietskulisse von etwa 12 ha und drittens eine mittlere Kulisse mit etwa 25, 26 000 ha. Letztere sei in etwas abgewandelter Form in das Beteiligungsverfahren gegangen.

Im Rahmen der Bewertung der verschiedenen Optionen habe es auch einen Dialog mit Herrn Hötcker vom Michael-Otto-Institut und Herrn Nehls vom NABU gegeben. Im Rahmen dieses regen fachlichen Gedankenaustausches sei vieles verbal abgehandelt worden. Ein Referatsleiter hat dazu in einem Fax einige Aussagen dazu festgehalten, die sich im Nachhinein so nicht mehr aufrechterhalten ließen und von ihm auch nicht mehr aufrechterhalten würden. - Er sei gern bereit, dem Ausschuss den Brief zur Verfügung zu stellen, der Herrn Friedrichsen zugegangen sei.

Er ziehe als Fazit: Erstens Ein gut vorbereitetes Ministerium habe verschiedene Varianten überprüft, sei zu einem Vorschlag gekommen, der sich derzeit in einem Anhörungsverfahren

befinde. Dieser Vorschlag aufgrund des Anhörungsverfahrens sicherlich noch verändert werden. Zweitens. Eine Reihe von Punkten, die in dem Fax enthalten seien, hätte sich als nicht haltbar herausgestellt und sei dementsprechend korrigiert worden. Insofern sei die Konsequenz, die die CDU-Fraktion gemäß Pressemitteilungen gezogen habe, nicht korrekt. Er hätte sich gewünscht, dass hier zunächst das Gespräch mit ihm oder dem Referatsleiter gesucht worden wäre.

Abg. Hildebrand hält es für bemerkenswert, dass es im November letzten Jahres eine bestimmte Stellungnahme im Ministerium gegeben habe, die nunmehr offensichtlich relativiert werde. Komme jemand aufgrund sicherlich intensiver Recherche zu einem bestimmten Ergebnis, habe das Versenden dieses Faxes an die beiden genannten Empfänger sicherlich einen bestimmten Grund gehabt. Für bemerkenswert habe er gehalten, dass die beiden Herren im Rahmen der Anhörung die Kenntnis dieses Faxes verneint hätten. Das seien Indizien, die Misstrauen hervorriefen.

Auch die zeitliche Abfolge sei interessant. Das Fax datiere vom 18. November. Am 25. November habe der Minister offensichtlich entschieden, dass ganz Eiderstedt unter Schutz gestellt werden solle. Am 26. habe die Veranstaltung in Garding stattgefunden. Er halte es für bemerkenswert, wenn von einem Referatsleiter innerhalb einer Woche im Ministerium eine völlig andere Meinung vertreten werde. Vor diesem Hintergrund schienen ihm Recherche und Entscheidungsfindung zumindest fahrlässig zu sein. Möglicherweise sei hier letztlich eine politische Entscheidung getroffen worden. Dieses Vorgehen halte er vor dem Hintergrund der möglichen Gefährdung von mehreren hundert Bauern für fahrlässig. Es wäre Aufgabe des Landwirtschaftsministers, auch deren Interessen zu berücksichtigen. Vor dem geschilderten Hintergrund halte er es für gerechtfertigt, die Frage zu stellen, ob der Minister im Amt noch haltbar sei.

Abg. Hildebrand fragte sodann, wann eine Beschlussfassung im Kabinett vorgesehen sei und welche Gebiete der Beschluss umfassen werde.

Abg. Hopp vertritt die Auffassung, es dränge sich der Eindruck auf, das Ministerium habe der Auffassung des NABU nachgegeben. Er schlägt sodann vor, in der folgenden Woche eine Sitzung anzuberaumen, um sich mit dieser Thematik zu beschäftigen.

Abg. Wodarz schlägt vor, im Rande der nächsten Landtagstagung eine gemeinsame Sitzung mit dem federführenden Umweltausschuss durchzuführen.

M Müller teilt mit, dass das Kabinett nicht vor dem 22. Juni 2004 entscheiden werde.

Der Ausschuss kommt überein, gemeinsam mit dem Umweltausschuss am 17. Juni 2004, 13:30 Uhr, eine gemeinsame Sitzung durchzuführen und sich in dieser Sitzung mit dem Antrag der Abgeordneten des SSW sowie der Auswertung der Anhörung zu beschäftigen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Waldgesetzes für das Land Schleswig-Holstein
(Landeswaldgesetz - LWaldG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3262

(überwiesen am 10. März 2004 an den **Umweltausschuss** und den Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/3589, 15/4345, 15/4390, 15/4394, 15/4404 bis 15/4406,
15/4413

Der Ausschuss stellt die Beratung des Gesetzentwurfs bis nach Vorliegen und Auswertung der Anhörung zurück und strebt an, die Beratung am 2. September 2004 durchzuführen

Punkt 4 der Tagesordnung:

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Unterrichtung des Landtags über den Rahmenplan für das Jahr 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3344

(überwiesen am 30. April 2004 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Agrarausschuss)

Herr Börner führt aus, seit der Vorlage des Berichts der Landesregierung habe das Umlaufverfahren des PLANAK stattgefunden. Die agrarpolitischen Sprecher seien darüber informiert worden. Gegenüber dem, was im Bericht erwähnt sei und was im Haushalt stehe, nämlich 64,6 Millionen € seien nunmehr 67,1 Millionen € an GA-Mitteln Bund und Land angemeldet. Dabei handele es sich im Wesentlichen um Steigerungen in den Bereichen Wasserwirtschaft und forstliche Maßnahmen.

Im Bericht sei von einer globalen Minderausgabe des Bundesministeriums in Höhe von 35 Millionen € die Rede. Auf die Gemeinschaftsaufgabe sei eine zusätzliche Minderausgabe von 13,5 Millionen € hinzugekommen.

Herr Börner bejaht die Frage von Abg. Feddersen, dass es zwischen angemeldeten Mitteln und fließenden Mitteln Unterschiede geben könne. So seien in den letzten Jahren mehr Mittel abgerufen worden.

Auf eine weitere Frage des Abg. Feddersen legt Herr Börner dar, alle Maßnahmen, die umgesetzt würden, seien prioritäre Maßnahmen aus dem Generalplan.

Abg. Hildebrand bezieht sich auf die in dem Bericht auf Seite 5 gemachte Äußerung, wonach sich der Schwerpunkt der Förderung ab dem Jahr 2004 hin zu Maßnahmen der Verbesserung des Wasserrückhalts in der Landschaft und der naturnahen Gewässerentwicklung sowie der Durchgängigkeit der Gewässer verlagern werde, und bittet um Erläuterung. Herr Börner erwidert, derzeit fließe ein großer Teil der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in Abwasserbeseitigungsanlagen insbesondere in kleineren Gemeinden. Es sei absehbar, dass dieser Bedarf bald erfüllt sein werde.

Auf eine weitere Frage des Abg. Hildebrand hinsichtlich des Agrarinvestitionsförderungsprogramms antwortet AL Sebelin, in vollem Umfang seien alle Anträge konventioneller Landwirte bedient worden. Daneben seien auch Zuschüsse für kleinere Investitionen im ökologischen Landbau erfolgt.

Ab. Jensen-Nissen fragt nach der Entwicklung von ASP. Herr Börnsen legt dar, für ASP stünden etwa 17,8 Millionen € zu Verfügung. AL Sebelin ergänzt, dass Investitionsverhalten der Landwirte sei ungebremst. Im Rahmen von ASP lägen 110 Anträge vor. Alle Anträge würden bedient werden können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3344, zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss verständigt sich darauf, innerhalb Schleswig-Holsteins eine Ausschussberei-
sung durchzuführen. Als Termin dafür legt er Mittwoch, 11. August 2004, nachmittags, sowie
Donnerstag, 12. August 2004, fest.

Der Vorsitzende, Abg. Ehlers, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

Vorsitzender

Geschäfts- und Protokollführerin